

Von **Annika Joeres**21. Februar 2023, 14:54 Uhr / [161 Kommentare](#) /EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN

*Am 24. Februar hat Russland einen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen, wie ihn Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Dieser Text ist Teil unseres Schwerpunkts [<https://www.zeit.de/thema/krieg-in-ukraine>] zum Jahrestag der russischen Invasion.*

Im September 2017, gut fünf Jahre vor den Diskussionen in Deutschland über fehlendes Gas, explodierende Preise und einen kalten Winter, schaffte es eine beeindruckende Zahl in die Schlagzeilen: Mit dem Bau der Pipeline Nord Stream 2 [<https://www.zeit.de/2017/43/nord-stream-2-ostsee-pipeline-politik-streit>] würden die EU-Länder 25 Milliarden Euro sparen. Die Zahl stammte aus einer Studie der ewi Energy Research & Scenarios gGmbH aus Köln, die wiederum an das Energiewirtschaftliche Institut (EWI) an der Universität zu Köln angedockt ist. Dank der Pipeline, so der Tenor, könne auch Deutschland mit bis zu 40 Prozent geringeren Kosten für Gas rechnen. Eine beeindruckende Prognose. So beeindruckend, dass das 48 Seiten lange Dokument viel zitiert wurde. Verschiedene europäische Energieexperten übernahmen sie, ebenso internationale Studien. Die 25 Milliarden schafften es sogar in offizielle EU-Briefings und eine wissenschaftliche Dokumentation des Bundestages. Die sozialdemokratische Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, berief sich nach der Studie stets auf die geringeren Preise für die Bürger, um für den Pipeline-Bau zu werben. Und auch die Nord Stream AG selbst nutzte die Zahlen, um Druck auf kritische Anrainerstaaten wie Dänemark zu machen: Jeder Tag, den die dänische Regierung den Start der Pipeline verzögere, koste "europäische Familien 20 Millionen Euro", hieß es in einer Pressemitteilung des russischen Konzerns.

Die Befürworter der Gaspipeline hatten ein gewichtiges Argument gewonnen: Milliardeneinsparungen, durchgerechnet von der Wissenschaft.

Bloß, wer die Studie bezahlt und in Auftrag gegeben hatte, blieb dabei meist unerwähnt: die Nord Stream AG. Die russische Gasindustrie finanziert ein gasfreundliches Gutachten. Das klingt fast zu plump. Und ist doch nur eines

von mehreren Beispielen, in denen Geldgeber aus der Energiewirtschaft Studien bezahlen, die später politische Karriere machen. Dabei spielen eine kleine Gruppe von Männern eine Rolle, die sich gegenseitig zitieren und gegen die Energiewende lobbyieren. Und Institute, die seriös klingende Namen haben und doch zweifelhafte Aufträge annehmen.

Das Rote Telefon

## Was treibt Sie diesen Winter um?

Rufen Sie an und erzählen Sie es uns. Was beschäftigt Sie im Moment? Was verändert sich in Ihrem Leben und vor Ihrer Haustür? Mehr dazu [<https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-11/das-rote-telefon-winter>]

Anrufzeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag, 14 bis 19 Uhr



 040 743 055 13

Sprachnachricht schicken

Ihren Anruf beantwortet gerade Friederike Oertel.

Das Energiewirtschaftliche Institut in Köln ist vielleicht das umtriebige unter ihnen. Sein Leiter, Marc Oliver Bettzüge, saß lange Zeit auf einer Professur, [<https://idw-online.de/de/news192302>] gestiftet von den Atom- und Kohlekonzernen E.on und RWE. Seit Jahren fungiert das EWI als Sprachrohr für fossile Energien. Mal geht es um die vermeintlich exorbitanten Kosten des Kohleausstiegs, oft um russisches Gas. Allein von Nord Stream hat das EWI fünf Studien angenommen. Sie alle hatten denselben Tenor: Die Pipeline verringere für Millionen Menschen die Energiekosten und sei unerlässlich für die künftige

Gasversorgung. Wie viel Geld das EWI von Nord Stream für seine Arbeit bekommen hat, möchte es nicht sagen.

Die 25-Milliarden-Studie ist heute übrigens nicht mehr auf der Seite des EWI zu finden. Sie habe "zu Irritationen und falschen Behauptungen nach dem Ukraine-Krieg" geführt, sagt eine Sprecherin. Dass sie so viel zitiert wurde, stünde aber für ihre "Relevanz und Qualität".

## **Ein Studienautor wechselt zur Gasindustrie**

Es wirkt allerdings so, als habe das Institut es bei seinen Berechnungen des Sparpotenzials von 25 Milliarden Euro nicht ganz so genau genommen. Das amerikanische Faktencheck-Team Polygraph zumindest bezeichnet die Kernaussagen der Studie als "falsch". Entscheidende Informationen würden fehlen – etwa, dass die Gaspreise völlig unabhängig von der Pipeline schon lange sinken, weil Flüssiggas auf den Markt dränge. Einer der Autoren der Studie, Harald Hecking, ist inzwischen direkt zur Gasindustrie gewechselt. Er arbeitet nun bei Uniper, jenem Erdgaskonzern, der wegen der Nordstream-Pleite inzwischen nur noch mit Steuergeldern überlebt.

Auftragsstudien sind nicht per se anrühlich, wenn transparent ist, wer sie finanziert. Unternehmen oder Organisationen geben sie mit der Intention in Auftrag, ihre Argumentation zu unterfüttern. Das tun Umweltorganisationen ebenso wie die Branche der erneuerbaren Energien. Auch ihre Aufträge sind manchmal kritikwürdig.

Allerdings waren die Auftragsstudien der fossilen Industrie ungleich wirkmächtiger als die von Umwelt- oder Erneuerbarenverbänden. Deutschland verfehlt, auch aufgrund einer starken fossilen Lobby, ein ums andere Jahr seine Klimaziele [<https://www.zeit.de/wissen/2022-05/klimaschutz-sofortprogramm-osterpaket-robert-habeck>]: Nach wie vor stammen rund 80 Prozent aller genutzten Energien in Deutschland – vom Auto bis zur Heizung – aus fossilen und damit aus klimaschädlichen Quellen.

## **Kosten für die Folgen des Klimawandels sind teuer**

Ein Blick in Brüsseler Straßen rund um das Parlament zeigt exemplarisch das Machtgefälle: Viele Umweltorganisationen teilen sich bescheidene Büros in den Vororten, während die großen Industrieverbände direkt am Parlament logieren. Auch das Lobbyregister des EU-Parlaments macht transparent, dass auf einen Vertreter für Umwelt- und Klimaschutz mehrere Lobbyisten der Industrie kommen, das Budget ungleich höher ist. Nur bleiben sie oft unsichtbar – und entfalten umso größere Wirkung.

So wie im Gutachten zu den Kosten der Energiewende, erstellt am Düsseldorfer

Institut DICE CONSULT. Das ist personell angedockt an die Heinrich-Heine-Universität der Landeshauptstadt. Dort beziffert man in einer Studie von 2018 die "Kosten der Energiewende" auf 500 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025. Viele Medien griffen diese Zahl auf, etwa die Tageszeitung *Die Welt* in einer gleichlautenden Überschrift. Die *Wirtschaftswoche* wiederum zitierte den Autor der Studie, Justus Haucap, mit dem Satz: "Die Energiewende ist ein teurer Sonderweg." Auch in der FAZ wird die Zahl genannt, ebenso auf der Website des Weltverbandes der Nuklearindustrie. Und in Strategiepapieren der EU – also jener Institution, die weitreichend über den europäischen Energiemarkt entscheidet. 500 Milliarden Euro – das klingt nach einer Summe, die Volkswirtschaften in die Knie zwingen kann, nach einem Wohlstandsgrab. Dabei ist die These, die Förderung von Wind- und Solarkraft durch das Erneuerbare Energieeinspeisegesetz (EEG) käme die Steuerzahler teuer zu stehen, inzwischen widerlegt. Zum einen, weil die fossilen Energien zu einer teuren Abhängigkeit von Russland oder Saudi-Arabien führen, zum anderen sind die Kosten für die Folgen des Klimawandels, befeuert durch Kohle und Gas, ein Vielfaches höher als Subventionen für Solar- oder Windkraft.

"Die Kosten der Energiewende bleiben unverändert, unabhängig davon, zu welcher Einschätzung des Nutzens man gelangt", schreibt Haucap heute auf Anfrage. Allerdings: Von einer wissenschaftlichen Studie wäre zu erwarten, Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen. Bloß wäre dann die Botschaft – die Energiewende sei viel zu teuer – zusammengebrochen.

## **Fremdbestimmte Fragestellungen und Studiendesigns**

Wenn es nach dem bekannten Grundsatz des Lobbyings geht, nach dem eine Einflussnahme umso wirksamer ist, je weniger sie durchschaut wird, sind die industriegeförderten Studien sehr erfolgreich. Wer glaubt schon der Nord Stream AG, dass Nord Stream 2 die Preise senkt? Wer glaubt der kohleabhängigen Stahlindustrie, dass die Energiewende den Wohlstand gefährdet? Und so mehren sich jedes Jahr industriegeförderte Studien an den Universitäten und ihren An-Instituten. "Bei dieser Finanzierung passt die Armut der Unis zu den Interessen der Industrie", sagt Dieter Plehwe, Politologe am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Es sei naiv, zu glauben, dass der Inhalt von privatwirtschaftlichen Auftraggebern nicht beeinflusst werde – schließlich bestimmten sie über die Fragestellung und häufig über das Design der Studie. Sollten dann doch unliebsame Ergebnisse folgen, könnten sie die Publikation einfach unterbinden. Daher stehe in jedem Handbuch für erfolgreiches Lobbying, dass als wissenschaftliche Studien wahrgenommene Arbeiten sehr erfolgreich die Interessen der Industrie verträten [<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-01/erderwaermung-exxon-mobil-klimawandel-wissenschaft>].

In der Öffentlichkeit werden meist nur unabhängig klingende Institute wie Dice Consult und EWI benannt, nicht aber ihre Finanzierer. Das Geld für das Dice-Gutachten beispielsweise kam von der Initiative soziale Marktwirtschaft, INSM. [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-06/in-sm-annalena-baerbock-kampagne-antisemitismus-frauen>] Der Lobbyverband versammelt in seinen Gremien die Speerspitze der alten westdeutschen und fossilen Industrie und beeinflusst seit Jahrzehnten die Meinung von Bürgerinnen und Bürgern. Ihr Ziel: die Interessen der Arbeitgeberverbände Metall – etwa Auto- und Stahlindustrie – zu wahren, die die INSM finanzieren. Branchen also, die bei einem starken Klimaschutz, zum Beispiel höheren Emissionspreisen, Profit einbüßen könnten.

## **Verfälschte Studienergebnisse schädigen Verbraucher**

Wie viele Auftragsstudien in Deutschland vergeben werden und wie groß ihre Güte und ihr Einfluss sind, ist schwer zu erfassen. Der Förderatlas der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) lässt aber erkennen, dass Drittmittel aus der Privatwirtschaft in den vergangenen Jahren stets zunahm – dazu gehören auch Auftragsstudien. Schließlich werden Universitäten dazu angehalten, ihren regulären Haushalt aufzustocken. Andreas Suchanek, Wirtschaftsethiker an der Leipzig Graduate School of Management, sieht den wachsenden Druck, Drittmittel einzuwerben, kritisch. "Dieser Druck, im Verbund mit eigenen Karrierezielen, kann zu schlechten Kompromissen hinsichtlich wissenschaftlicher Standards führen", sagt Suchanek. Er Sorge sich um die wissenschaftliche Integrität. "Verfälschte Studienergebnisse können schädigen. Sie können etwa im Energiesektor die Verbraucher benachteiligen oder zu Umwelt- und Klimabelastungen führen. Und sie unterminieren Vertrauen." Allen sollte klar sein, dass der Auftraggeber ein Anliegen habe, aber dieses Anliegen dürfe die unabhängige Einschätzung der Wissenschaft nicht beeinträchtigen. Laut Suchanek entwickelten zwar immer mehr Hochschulen strengere Standards für die wissenschaftliche Arbeit – diese müssten aber auch bekannter gemacht und angewandt werden. Nur so könne mehr Transparenz entstehen.

Denn daran mangelt es noch häufig, etwa bei Justus Haucap, dem Verfasser der 500-Milliarden-Euro-Studie für die INSM. Er gehört zu den viel gehörten Wissenschaftlern. Häufig wird er in Zeitungsartikeln als "Top-Ökonom" gehandelt. Kürzlich publizierten allerdings der NDR, der WDR und die *Süddeutsche Zeitung* die "Uber-Files", in denen Haucap eine Hauptrolle spielte: Er soll für seine Studie für den privaten Fahrdienst 44.000 Euro erhalten haben, Teil des Vertrages soll auch ein Uber-freundlicher Zeitungsartikel in der FAZ gewesen sein. Haucap sagt heute, er könne nicht mehr "rekonstruieren", welcher Artikel dies gewesen sein soll.

## **Die Stiftung Marktwirtschaft möchte ihre Geldgeber nicht nennen**

Das Honorar für die INSM-Studie zur Energiewende möchte Haucap nicht nennen. Für die Ergebnisse seiner Studie seien Auftraggeber oder Bezahlung "nicht von Belang". Sein Vertrag habe nur die Pressekonferenz in den Büros der INSM beinhaltet, nicht aber Medienberichte. Das ist im Falle von Haucap auch gar nicht nötig: Er hat einen direkten Draht in die Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, in deren Stiftung Fazit er bis zu den Uber-Files auch im Kuratorium saß. Hunderte Artikel, in denen Haucap zitiert wird oder die er selbst geschrieben hat, wurden in der Tageszeitung und auf ihren Onlineseiten bislang veröffentlicht. Meist teilt er aus, gegen staatlichen Einfluss oder Kollegen, die in Sachen Energiewende anderer Meinung sind. Über die Ökonomin Claudia Kemfert, die sich früh gegen Nord Stream 2 ausgesprochen hatte, schrieb er etwa: "Im Grunde ist wirklich alles völlig falsch, was sie schreibt." Seine barschen Worte kommen an bei denjenigen, die selbst gegen die erneuerbaren Energien lobbyieren. Etwa beim Verband Die Familienunternehmer, der, anders als der Name suggeriert, von Managern internationaler Großkonzerne geführt wird. Der Verband zeichnete Haucap für seinen Artikel *Deutschlands teurer Energie-Irrweg* mit dem "ordnungspolitischen Preis" aus. In dem Artikel zitiert Haucap seine 500-Milliarden-Euro-Studie – ohne darauf zu verweisen, dass er selbst der Autor ist und wer die Studie bezahlt hatte.

Die Universität Düsseldorf distanziert sich von DICE Consult, der Beratungsgesellschaft, der Haucap angehört und die damit wirbt, "Partner" aus der Hochschule zu beschäftigen. Die DICE Consult GmbH sei eine Ausgründung und als solche ein von der Universität unabhängig tätiges wirtschaftliches Unternehmen, teilt die Hochschule mit. Man habe sich aber mit Justus Haucap darauf verständigt, den Namen der Beratungsgesellschaft zu ändern, um künftig Verwechslungen mit dem gleichnamigen Dice-Institut zu verhindern – ein Institut der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Der Name seines Direktors: Justus Haucap.

Die Kölner Universität hingegen hat an den Studien ihres EWI im Auftrage der Nord Stream AG nichts auszusetzen. Die Universität zu Köln sei dem Transfer wissenschaftlicher Forschung in den öffentlichen Raum und in die Wirtschaft verpflichtet. Dass die Studie "einer früheren Schwestergesellschaft des EWI" so häufig zitiert worden sei, zeige ihre wissenschaftliche Relevanz.

## **Eine Handvoll Männer bestimmt den Diskurs**

Die Nord-Stream-Befürworter waren nie so zahlreich, wie die Fülle der Studien suggeriert. Häufig kamen sie aus derselben Handvoll Männer, die sich gegenseitig Relevanz verleihen und damit die Studien in der Öffentlichkeit

hochhalten können. Immer wieder tauchen dieselben Namen auf. In der Jury des INSM-Preises findet sich Clemens Fuest – mit dem Präsidenten des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München hat Haucap schon häufig zusammen publiziert, mit ihm zusammen sitzt er auch in der Stiftung Marktwirtschaft – und regelmäßig im Ranking der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands in der FAZ. Ein Ranking, in das die Zeitung beide Ökonomen durch häufiges Zitieren selbst hineinhebt – und das "in Zusammenarbeit" mit Haucaps Institut Dice erhoben wird.

Wie alle wirtschaftsnahen Institute ist auch die Stiftung Marktwirtschaft nahezu ein reiner Männerverein. Auf Anfrage wollte die Stiftung ihre Geldgeber nicht nennen. Haucap selbst ist in unzähligen solcher Vereine, in denen sich immer dieselben Protagonisten treffen: Er sitzt beispielsweise im Kuratorium des Prometheus-Freiheitsinstituts, gegründet von dem FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler, der sich einmal selbst als "Klimaskeptiker" bezeichnete.

Das Kölner Energiewirtschaftliche Institut wiederum – ebenjenes, das der EU prophezeite, dank Nord Stream 25 Milliarden Euro zu sparen – publizierte 2016 zusammen mit dem European Centre for Energy and Resource Security (Eucers) für das Bundesaußenministerium eine Studie zu der Diversifizierung der Gasversorgung. Wieder kommt man zum Schluss, der Pipeline-Bau sei alternativlos. Im Vorwort danken die Autoren Marc Oliver Bettzüge, dem Direktor des EWI, der praktischerweise auch im Beratungsausschuss von Eucers sitzt. Und dem Direktor des Eucers, Friedbert Pflüger. Der war einst bekannter Politiker der CDU und ist heute vor allem in Consulting-Firmen tätig. Früher auch für die Nord Stream AG, aber das blieb in der Studie für das Ministerium unerwähnt.

*Hinweis 22.2.2023: Das Energiewirtschaftliche Institut (EWI) legt Wert darauf, dass die im Einstieg zitierte Studie nicht vom EWI selbst, sondern von der ewi Energy Research & Scenarios gGmbH erstellt wurde. Wir haben das im Text angepasst.  
(muk)*